

Menschen und Schicksale hinter «administrativen Zwangsmassnahmen»

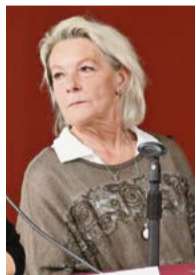
ANDELFINGEN Ausnutzung auf allen möglichen Ebenen prägt die Geschichte der «administrativen Zwangsmassnahmen». An einem Podium im Ausbildungszentrum wurde diese Praxis, die länger herrschte, als man für möglich halten würde, thematisiert.

Die Thematik ist ebenso umfassend wie unfassbar. Zahlen, Daten, Fakten, aber vor allem Emotionen rund um die «administrativen Zwangsmassnahmen» lassen einen negativ staunen – umso mehr, als sie erst 1981 eingestellt wurden.

Ein Teil zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte wurde am Donnerstagabend geleistet. In der Cafeteria des Ausbildungszentrums Andelfingen setzten sich unter dem Thema «Fremdplatziert im Zürcher Weinland» fünf Menschen zu einem Podium zusammen: Die Direktbetroffenen Heidi Ambiel-Etter und Marlies Landolt, Karin Fischer als Präsidentin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Winterthur-Andelfingen, Beat Gnädinger, Staatsarchivar und Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgungen (UEK) sowie «AZ»-Redaktorin Silvia Müller als Moderatorin. Weitere rund 40 Personen kamen, um den Ausführungen zuzuhören.

Ein langer Leidensweg

Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, als Heidi Ambiel-Etter ihre Lebensgeschichte erzählte. In der «AZ» vom 16. März 2018 wurde sie bereits ausführlich beschrieben. Als fünfmonatiges Baby der Mutter entrissen – wie ihre vier Halbgeschwister vor ihr – erlebte sie eine Odyssee des Leids. Ein Bild bringe sie nicht mehr aus dem Kopf: Bei einer Familie, bei der sie kurzzeitig platziert wurde, durfte sie nicht mit den Erwachsenen essen. Mit dem Kopf zur Wand sass sie an einem kleinen Tisch, fühlte sich nicht akzeptiert und nicht zugehörig.



Sie wurde herumgereicht. Und überall, wo es Schwierigkeiten gab, musste sie wieder gehen. Sie wurde vom Halbbruder und dem Vater, den sie zeitweise am Wochenende besuchte, sexuell missbraucht. Alles Lügen, fanden ihre «Fürsorgerin» und die leibliche Mutter; Letztere gab ihrer Tochter gar die Schuld am Tod des Vaters. Wegen ihrer Behauptungen habe er wieder mit dem Rauchen angefangen und sei deshalb an Lungenkrebs gestorben. Später sollte Heidi Ambiel-Etter erfahren, dass die Fürsorgerin vom Missbrauch gewusst hat, es wurde aber, wie so vieles, unter den Teppich gekehrt.

Mit der Zeit habe sie die Erlebnisse «vakuiert», sagte Heidi Ambiel-Etter. Es sei, als spreche sie über die Lebensgeschichte der besten Freundin.

Ein goldener Käfig

Auch Marlies Landolts Geschichte beginnt früh. Sie wurde als Baby ihrer Mutter weggenommen, weil diese einen «liederlichen Lebenswandel» gehabt habe. Ein dehnbarer Begriff; in diesem Fall bezeichnete er eine minderjährige, ledige Mutter. Im Kinder-



In der Cafeteria des Ausbildungszentrums Andelfingen wurden unter der Moderation von «AZ»-Redaktorin Silvia Müller (Mitte) die «administrativen Zwangsmassnahmen» thematisiert.

Bilder: ewa

heim habe sie kränzlich vor sich hinvegetiert, die Babys seien in einem Saal «ausgestellt» gewesen und Adoptivwille hätten durch die Reihen gehen und sich eines aussuchen können. Ein Ehepaar kam; die Frau wollte «ein schönes» Baby, sagt Marlies Landolt. Der Mann aber sah sie, kränzlich und mager und sagte zu seiner Frau, er wolle dieses Kind, denn «das hat es nötiger».

Das Ehepaar nahm Marlies Landolt bei sich auf. Im Vergleich zu Heidi Ambiel-Etters Geschichte sei es ihr nicht wirklich schlecht ergangen, sagte sie. Aber: «Ich lebte in einem goldenen Käfig». Die Eltern hatten sich der Pfingstmission verschrieben, die Adoptivtochter wurde streng und vor allem zu Hause erzogen. Sie durfte nirgendwohin, nicht ausgehen, nach dem Schulabschluss nicht die Kanti und schon gar nicht die Universität besuchen.

Später einmal machte sie sich auf die Suche nach ihrer leiblichen Mutter. Sie machte sie ausfindig, klingelte – ging aber wieder.



Einmal rief sie an, nur um die Stimme zu hören, und hängte gleich wieder auf. Was sie wirklich verletzt habe, sei, dass sie benachrichtigt wurde, als ihre Mutter starb – und diese im Testament handschriftlich angegeben hatte, sie habe keine eigenen Nachrichten. Was sie hingegen freute, war, dass sie herausfand, wer ihr Vater war. Es muss sich bei ihm um einen italienischen Eisenleger aus dem «Chreis

Cheib» gehandelt haben – was Marlies Landolt als Gegensatz zu dem empfindet, wie sie aufgewachsen ist.

Sie erzählte auch, dass es ihr beinahe gleich ergangen wäre, wie ihrer Mutter. Als sie 1970, im Alter von 20 Jahren, als ledige Frau ihren Sohn gebar, fragte eine Krankenschwester, ob sie ihn gleich zur Adoption freigeben wolle. Der Chefarzt habe die Schwester weggejagt, für Marlies Landolt wäre dies nie infrage gekommen. Dass dies auch 1970 noch ein Thema war, habe sie erschüttert.

Menschen «versorgen»

Dies sind zwei Geschichten von Zehntausenden dieser Art. Die Kinder, so sagte Beat Gnädinger vom UEK, hätten durch Verbindung, Heim- und Fremdunderbringung auf den «richtigen Weg» geführt werden sollen. In der Regel aber sei das Gegenteil der Fall gewesen – und die Massnahmen seien missbraucht worden, um Menschen, die nicht ins Schema passten, «zu versorgen». Ab und zu bekomme er zu hören, dass es eben andere Zeiten gewesen seien. «Aber sexueller Missbrauch, Vorenthaltung von Ausbildung usw. waren damals schon strafbar», sagte er.



Er sprach dennoch auch die heutige Zeit an. Wenn er mit Jugendlichen über die Thematik spreche, sage er ihnen, dass kiffen oder sexueller Kontakt unter Minderjährigen damals gereicht

hätten, um in die Mühlen der Zwangsmassnahmen zu geraten.

Nicht mehr «korrigieren»

Karin Fischer von der Kesb hatte sich einige Male gegen Anfeindungen aus dem Publikum zu wehren, bekam aber auch ein Kompliment. Sie stellte klar, dass Massnahmen wie damals heute nicht mehr möglich wären.



Der Hauptunterschied sei, dass die Betroffenen auch angehört werden und man nicht mehr versuche, sie zu korrigieren und in eine Form zu pressen. Der Schutz, wie er im Namen der Behörde steht, sei vorrangig. Auch die Aktenführung passiere heute anders – «wenn ich alte Dossiers lese, läuft mir kalt den Rücken hinunter», sagte sie. Die Betroffenen seien despektierlich und abwertend beschrieben worden.

Auf eine Frage hin meinte sie, dass sie persönlich nicht zurück zum alten System der Vormundschaftsbehörden möchte, das zwischen den Zwangsmassnahmen und der Einführung der Kesb per 1. Januar 2013 geherrscht hatte. Als alles über die Gemeinden lief, sei zu wenig Distanz zwischen Betroffenen und Behörden gewesen. «Die Menschen, die einen beurteilen, sind heute weiter weg», sagte sie, das sei für Betroffene sicher einfacher.

Auch schöne Geschichten

Eine Frau aus dem Publikum meldete sich und meinte, sie habe einen Mann

kennengelernt, der vom eigenen Vater als Verdingbub nach Waltalingen gebracht wurde. Dieser hatte Positives zu erzählen – er habe zwar viel arbeiten müssen, sei aber gut behandelt worden: «Das hat es auch gegeben, Menschen, die gut zu den Kindern schauten.» Für dieses versöhnliche Votum zu einem Kapitel, dessen Aufarbeitung Zeit brauchen wird, erhielt sie Applaus. (ewa)

«Ausgegrenzt und weggesperrt»

Mit den Podien zu verschiedenen Themen rund um die Massnahmen touren die Organisatoren durch die Schweiz. Parallel dazu findet eine Wanderausstellung mit dem Titel «Ausgegrenzt und weggesperrt» statt, die ebenfalls an verschiedenen Orten in der Schweiz gezeigt wird. Diese Woche im Kanton St. Gallen.

Wer nicht weit reisen möchte, kann sich die gesamte Ausstellung auch virtuell ansehen. «Diese Online-Ausstellung wirft Schlaglichter auf die Geschichte der administrativen Versorgung», beschreibt das UEK, was auf seiner Website zu sehen ist (www.uek-administrative-versorgungen.ch/ausstellung, dort sind auch die Veranstaltungsorte zu finden). Informationen in Text- und bewegter sowie unbewegter Bildform, Gesetze zum Thema, interaktive Grafiken und Karten und Weiteres fesseln den Betrachter an den Bildschirm. (ewa)